



Newsletter Nr. 1 / 2021 (März)

Inhalt:

Vorwort	2
Berichte aus dem Bereich Familienhilfe	
Richtlinie Familienerholung	3
Mehrgenerationenhäuser	3
Bericht aus dem Bereich Migration und Integration	
Bleiberecht – Konsequenzen aus dem Fall der Farah Hareb (Demir)	4
Berichte aus dem Bereich Tageseinrichtungen für Kinder	
Novellierung NKiTaG	6
Gründung Aktionsbündnis Novellierung NKiTaG	6
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung	7
Bericht der Landesstelle Jugendschutz	
Presseinformation: Ausgebremst – Wie Jugendliche in der Corona-Krise klarkommen - Jugendschutz Fachgespräch am 15.03.2021	9
Berichte der Stelle für Soziale Innovationen	
Social-Media-Seminar für Projekte im Förderprogramm Soziale Innovation	10
Digitaler Projektabschlussbesuch von „JUNGregio: Jung-unabhängig-niedrigschwellig-ganzheitlich in der Region“	11

Vorwort

Liebe Leser*innen, liebe Kolleg*innen,

Sie erhalten den neuen Rundbrief der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-
pflege in Niedersachsen (LAG FW). Es ist der erste Rundbrief in diesem Jahr.

Es sind schwierige Zeiten für die Einrichtungen und Dienste der sozialen Arbeit. Viele Bera-
tungsstellen, aber auch die Einrichtungen der Alten-, Jugend- und Behindertenhilfe leben
vom ganzheitlichen Kontakt. So helfen uns zwar die Errungenschaften der Digitalisierung um
miteinander zu sprechen und sich zu sehen. Aber immer dann, wenn ein gemeinsamer Pro-
zess zur Zielerreichung erforderlich ist, merkt man doch, wie wichtig dafür eben auch ein
ganzheitlicher Kontakt ist. Sicherlich werden wir zukünftig verstärkt Videokonferenzen weiter
nutzen, auch wenn dies pandemiebedingt nicht mehr unbedingt notwendig ist. Aber man
sollte sehr genau unterscheiden, wann dies methodisch der richtige Weg ist, um fundierte Er-
gebnisse zu erzielen.

Das Pandemiegeschehen ist daher, zumindest mittelbar, bei allen Berichten ein Thema.
Dennoch ist es auch wichtig, dass man sich in der fachlichen Arbeit nicht nur darauf fokus-
siert.

So bietet unser Newsletter auch diesmal einen Einblick in das aktuelle sozialpolitische Ge-
schehen. Diesmal mit den Schwerpunkten aus der Arbeit unserer Ausschüsse Familienhilfe,
Migration und Integration sowie Tageseinrichtungen für Kinder.

Ferner ist ein Bericht der aktuellen Arbeit unserer Facharbeitsgemeinschaft Landesstelle Ju-
gendschutz ebenso beigefügt, wie ein Bericht aus der Arbeit unserer Projektstelle „Soziale
Innovation“.

Wir hoffen, dass diese interessanten Beiträge Ihr Interesse wecken.

Mit freundlichen Grüßen und
bleiben Sie gesund

Ihr 
Martin Fischer
Geschäftsführer

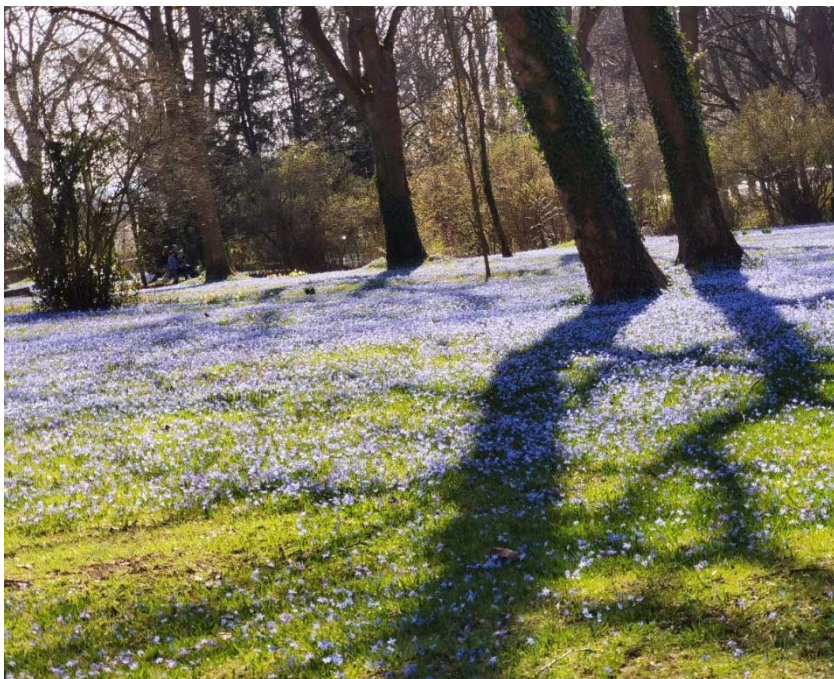


Foto: Blaues Wunder vom Lindener Berg

Berichte aus dem Bereich Familienhilfe

Richtlinie Familienerholung

Im Rahmen der Neuaufstellung der „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Familienerholungsurlauben und Familienfreizeiten (RL Familienerholung)“ hat das Niedersächsische Sozialministerium den Richtlinien-Entwurf in die Verbandsanhörung gegeben.

Unter anderem sind folgende Änderungen vorgesehen: Entfall der bisherigen Freizeiten für junge Familien, Förderung nur von Familien unter der Einkommensgrenze und Wegfall der hälftigen Förderung von Familien über der Einkommensgrenze bei Familienfreizeiten, Definition der vorrangig zu berücksichtigenden Familien, Stärkung des pädagogischen Angebots der Familienfreizeiten und Weiteres.

Der Ausschuss Familienhilfe wird zu dem Richtlinien-Entwurf Stellung nehmen.

Es ist vorgesehen, dass die neue Förderrichtlinie am 01.01.2022 in Kraft tritt.

Mehrgenerationenhäuser

Das neue "Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander (2021 - 2028)" mit einer Laufzeit von acht Jahren ist gestartet. Das neue Bundesprogramm setzt, wie das vorherige Bundesprogramm (2017 - 2020), auch auf die enge Zusammenarbeit der Mehrgenerationenhäuser mit den Kommunen sowie die flexible und bedarfsorientierte Ausrichtung. Mit niedrigschwelligen Informations-, Beratungs- und Begegnungsangeboten sollen die Mehrgenerationenhäuser Raum für gemeinsame Aktivitäten bieten, das freiwillige Engagement aller Altersgruppen fördern und das nachbarschaftliche Miteinander in der Kommune stärken.

Das BMFSFJ informiert zudem, dass es im neuen Bundesprogramm auch den geförderten Sonderschwerpunkt „Förderung der Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen“ weitergeben wird. Seit 2018 können Mehrgenerationenhäuser für diese Angebote einen zusätzlichen Zuschuss beantragen.

In 2020 und 2021 sind die Bundesmittel um 5,45 Millionen Euro auf insgesamt 22,95 Millionen Euro erhöht worden. Dadurch konnte der Bundeszuschuss für die Mehrgenerationenhäuser auf 40.000 Euro angehoben werden. Es ist vorgesehen, diesen erhöhten Zuschuss für 2022 und folgende Jahre fortzuschreiben.

Die Fördermittel sind für Personal- oder Sachkosten vorgesehen. Neben dem jährlichen Bundeszuschuss sollen Mehrgenerationenhäuser auch weiterhin eine Kofinanzierung in Höhe von 10.000 Euro pro Jahr von Kommune, Landkreis und / oder (anteilig) vom Land erhalten.

Für Rückfragen steht Ihnen Andrea Zerrath, Vorsitzender des Ausschusses „Familienhilfe“, zur Verfügung (Tel.: 0 53 51/5 41 91-4, Email: Andrea.Zerrath@paritaetischer.de).

Bericht aus dem Bereich Migration und Integration

Bleiberecht – Konsequenzen aus dem Fall der Farah Hareb (Demir)

Die LAG FW hatte zusammen mit dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat das Thema Bleiberecht für langjährig in Niedersachsen lebende Menschen in die 17. Sitzung der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe am 16. Februar 2021 eingebracht.

Anlass war der Fall der seit 34 Jahren in Deutschland lebenden 36-Jährigen Farah Demir, die als ausgebildete Intensivschwester auf der Intensivstation der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) arbeitet.

Aus der Unterrichtung des niedersächsischen Innenministeriums geht hervor, dass mehr als 21 000 Menschen, davon mehr als 4 000 Kinder und Jugendliche, in Niedersachsen mit einer Duldung leben – einem prekären und weitgehend rechtlosen Status, mit dem sie als ausreisepflichtig gelten und grundsätzlich ihre Abschiebung befürchten müssen. Es drohen Arbeitsverbote und Leistungskürzungen. Die Folgen einer Duldung für die Betroffenen sind nicht nur ein Leben in ständiger Angst, Perspektivlosigkeit und Armut, sondern auch objektiv geringere Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in der Bildung und in der selbstbewussten Entwicklung persönlicher Potenziale – letztlich sind dies auch verpasste Chancen für die Gesellschaft, in der diese Menschen leben.

Die vom niedersächsischen Innenministerium präsentierten Zahlen mit Stand vom 30.11.2020 verdeutlichen den Handlungsbedarf:

- Rund zwei Drittel der Geduldeten (10 194 Menschen) lebt seit über vier Jahren in Deutschland.
- 3 519 Menschen (17 %) leben seit mehr als sechs Jahren mit einer Duldung in Deutschland.
- 2 245 Menschen (über 10 %!) lebt mit einer Duldung seit mehr als acht Jahren in Deutschland. Aber nur 668 Menschen haben bislang ein Bleiberecht nach § 25b AufenthG erreichen können.
- 1 014 in Deutschland sozialisierte Kinder und Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren leben seit vier bis acht Jahren in Deutschland, ohne über ein Bleiberecht zu verfügen. Dagegen haben lediglich 946 Kinder und Jugendlichen bislang eine AE nach § 25a Abs. 1 AufenthG erhalten.
- 282 in Deutschland geborene Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 20 Jahren haben bislang kein Bleiberecht erhalten und verfügen nur über eine Duldung. Ihnen droht weiterhin die Abschiebung, obwohl sie in Deutschland sozialisiert und aufgewachsen sind und das Herkunftsland ihrer Eltern aus eigener Anschauung meist nicht kennen.
- 132 Menschen leben seit über 30 Jahren (!) mit einer „Duldung“, d. h. ohne ein Aufenthaltsrecht, in Niedersachsen.

Die Kommission hat darum in ihrer 18. Sitzung am 9. März 2021 eine Entschließung verabschiedet, die die systematische Überprüfung und Beratung aller Personen fordert, die aufgrund ihrer Aufenthaltsdauer ein Bleiberecht prinzipiell in Anspruch nehmen könnten, sowie die niedersächsische Landesregierung auffordert, eine gesetzliche Initiative im Rahmen ei-

ner Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Bedingungen für die Erteilung eines Bleiberechts - eine Bleiberechtsregelung ohne Auflagen - für alle Menschen auf den Weg zu bringen, die seit acht Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

Für Rückfragen steht Ihnen Regina Krome, Vorsitzende des Ausschusses „Migration und Integration“, zur Verfügung (Tel.: 05 11 / 5 24 86-3 83, Email: regina.krome@paritaetischer.de).

Berichte aus dem Bereich Tageseinrichtungen für Kinder

Novellierung NKiTaG

Seit mehr als zwanzig Jahren warten Eltern sowie die pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen und die Trägerverbände auf eine umfassende Änderung des niedersächsischen Kita-Gesetzes. Die LAG FW hat zu dem im November 2020 vorgelegten Entwurf Stellung genommen und ist von den bisherigen Entwürfen, die erstmals am 9. März 2021 im Kabinett diskutiert wurden, enttäuscht.

Die Novellierung des NKiTaG bleibt weit hinter den Erwartungen und dem aktuellen fachlichen Diskurs zurück. Mehrheitlich handelt es sich bei den kostenneutralen Änderungen ausschließlich um Regelungen von Verwaltungshandeln und um verpflichtende Anpassungen des Gesetzes an landes- und bundesrechtliche Vorgaben.

Es sind keinerlei Verbesserungen der Qualitätsstandards hinsichtlich des Personalschlüssels, der Verfügungszeiten und der Freistellungszeiten für Leitungen oder weiterer Rahmenbedingungen in dem Entwurf enthalten. Hingegen sind an verschiedenen Stellen stattdessen sogar Verschlechterungen zu befürchten. Es liegt bisher auch kein Entwurf einer Verordnungsermächtigung vor, die die Durchführungsverordnungen ersetzen sollen.

Eine inklusive Ausrichtung der Angebote der frühkindlichen Bildung, auch mit dem Rechtsanspruch auf einen Integrationsplatz, ist nicht verankert; Fachdiskurse rund um die wichtigen Themen wie Inklusion, Partizipation und Kinderrechte, Diversität, Demokratiebildung werden nicht verankert bzw. in Teilen sogar zurückgefahren.

Für eine nachhaltige Verbesserung der Qualitätsstandards in den Kitas sind für die LAG FW folgende Forderungen priorisiert vorrangig:

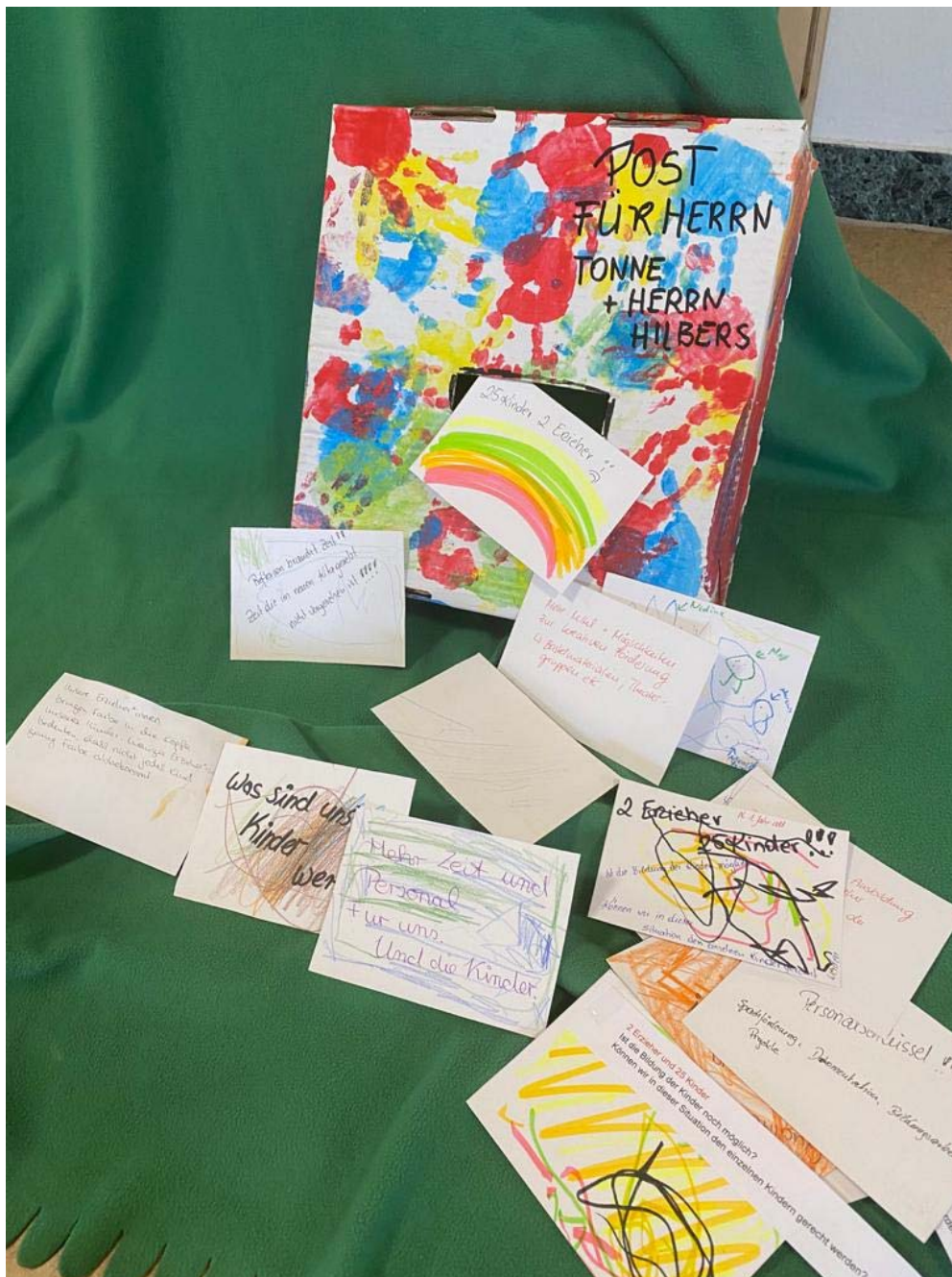
1. Stufenweise Einführung der dritten Kraft in den Kindergartengruppen
2. Erhöhung der Freistellungszeiten für Kita-Leitungen
3. Erhöhung der Verfügungszeiten für päd. Fachkräfte
4. Rechtsanspruch auf einen Integrationsplatz als ersten Schritt zur Inklusion
5. Gesetzliche Verankerung der Refinanzierung von Fachberatung

In einer Parlamentsanhörung werden die Trägerverbände noch einmal die Gelegenheit erhalten, Ihre Forderungen zu platzieren.

Gründung Aktionsbündnis Novellierung NKiTaG

Es hat sich bezüglich der Novellierung des NKiTaG ein Aktionsbündnis aus Wohlfahrtspflege, Gewerkschaft und Elterninitiativen gegründet und weist mit unterschiedlichsten landesweiten Aktionen, wie z. B. Postkarten- und Plakataktionen sowie politischen Gesprächen, auf die unzureichenden Änderungen des Entwurfes hin.

Vor diesem Hintergrund fordert das Aktionsbündnis die Novellierung des NKiTaG zu wirklichen qualitativen Verbesserungen zu nutzen und die auch wissenschaftlich immer wieder geforderten Qualitätsverbesserungen vorzunehmen. Hierfür bedarf es auch weiterer finanzieller Mittel, um den Bereich der frühkindlichen Bildung zukunftsweisend zu gestalten und Kindern ein bestmögliches Aufwachsen zu ermöglichen.



Bildunterschrift: AWO-Kita Am Gutshof in Wolfsburg. Sie haben eine Kiste mit den Kindern bemalt und dorthinein Briefe mit ihren Wünschen und Vorschlägen zur Verbesserung der Betreuungsqualität im Rahmen der Aktionswoche Novellierung NKITaG vom 09.03.2021 zur Kabinettsitzung von Eltern, Kindern und den Fachkräften aus der Kita getan. Anschließend wurde die Kiste an Kultusminister Tonne gesendet.

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung (RL IKiGa)

Mit Erlass des Niedersächsischen Kultusministeriums vom 22.02.2021 ist die o. g. Richtlinie mit Wirkung vom 01.03.2021 in Kraft getreten. Das Land gewährt hier Zuwendungen für Investitionen in Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung nach Maßgabe der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung (RL IKiGa).

Zu den förderfähigen Investitionen zählen Neubau-, Ausbau-, Umbau, Sanierungs-, Renovierungs- und Ausstattungsmaßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze sowie zum Erhalt von Betreuungsplätzen, die ohne entsprechende Erhaltungsmaßnahmen wegfallen würden.

Die Zuwendungen von Maßnahmen werden gewährt, die im Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2021 begonnen wurden und bis zum 30.06.2022 abgeschlossen sind. Das Zuwendungsverfahren wird von den jeweiligen örtlichen Jugendhilfeträgern gesteuert. Eine Verlängerung des Maßnahmenzeitraums ist aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben nicht möglich ist.

Nähere Informationen zu der RL IKiGa können unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.rlsb.de/themen/fruehkindliche-bildung/richtlinie-ikiga>

Für Rückfragen steht Ihnen Ursula Tetzl, Vorsitzende des Ausschusses Tageseinrichtungen für Kinder, zur Verfügung (Tel.: 05 31/12 94 56-41, Email: tetzl@awo-bs.de).

Ausgebremst.

Wie Jugendliche in der Corona-Krise klarkommen

Presseinformation | Jugendschutz-Fachgespräch | 15. März 2021

Die Pandemie dauert mittlerweile ein Jahr, eine Zeitspanne, die für Jugendliche eine völlig andere Dimension hat als für Erwachsene. Es liegt auf der Hand, dass gerade junge Menschen unter den aktuellen Lebensumständen besonders zu leiden haben: Zuhause bleiben, soziale Kontakte auf ein Minimum reduzieren, das ist ziemlich exakt das Gegenteil von dem, was Jugendliche wollen – und von dem, was sie brauchen.

Zwei Wissenschaftlerinnen und ca. 300 Fachkräften aus allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe nahmen an der Veranstaltung teil. Die Wissenschaftlerinnen - Dr. Tanja Rusack (Stiftung Universität Hildesheim) und Prof. Dr. Gunda Voigts (Hochschule für angewandte Wissenschaft Hamburg) - plädierten mit Blick auf aktuelle Forschungsbefunde und den 15. Kinder- und Jugendbericht ausdrücklich dafür, die Bedürfnisse von Jugendlichen im Kontext der Pandemie stärker zu berücksichtigen. Ihre Kernaussagen: Jugendliche brauchen auch jetzt Freiräume für Kontakte mit Gleichaltrigen, solche Begegnungen sind essenziell für die persönliche und soziale Entwicklung. Wenn sie fehlen, sind fundamentale Rechte und Entwicklungschancen gefährdet. Die heranwachsende Generation muss in die Gestaltung der aktuellen Situation und ihrer Zukunft miteinbezogen werden.

Die teilnehmenden Fachkräfte teilten die Forderungen von Prof. Dr. Gunda Voigts und Dr. Tanja Rusack. Aus ihrer Sicht fehlt es in Niedersachsen an Strategien und Konzepten, wie die Kinder- und Jugendarbeit derzeit gut und sicher gelingen kann, aber auch an Überlegungen, wie man die bereits ersichtlichen Auswirkungen der Pandemie auffangen kann. Die Praktiker*innen wünschen sich Bündnisse, um sich besser vernetzen und austauschen zu können. Gefordert wurde zudem eine bessere Verzahnung zwischen Schule, Schulsozialarbeit und Kinder- und Jugendhilfe

Die Studien von Gunda Voigts und Tanja Rusack sowie weiterführende Informationen zum Thema Jugend und Corona finden Sie hier:

- JuCo-Studie: [Universität Hildesheim | Institut für Sozial- und Organisationspädagogik | JuCo und KiCo \(uni-hildesheim.de\)](https://www.uni-hildesheim.de)
- JUMP – Junge Menschen beteiligen: [Home - Junge Menschen beteiligen \(Jumb\) \(informiert-und-beteiligt.de\)](https://www.jumb.de)
- Gunda Voigts: [HAW Hamburg: Forschungsprojekte Detail \(haw-hamburg.de\)](https://www.haw-hamburg.de)
- Medienprojekt Wuppertal – Corona Diaries: [CORONA DIARIES – Zusammenschnitt - YouTube](https://www.youtube.com/watch?v=...)
- Update Deutschland – Hackathon: [Update Deutschland – Die Community der Macher:innen](https://www.update.de)
- BMFSFJ – Jugendhearing „Corona und die Folgen für junge Menschen“, 11.3.2021: [BMFSFJ - Corona und die Folgen für junge Menschen](https://www.bmfsfj.de)
- Deutschlandfunk: Jugend in der Pandemie – Versinkt eine Generation in Depression? [Jugend in der Pandemie - Versinkt eine Generation in Depression? \(deutschlandfunkkultur.de\)](https://www.deutschlandfunkkultur.de)
- [Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen muss geschützt werden! - Offener Brief \(offener-brief-kju.de\)](https://www.kju.de)
- Innovative Plattform für die Kinder- und Jugendhilfe [Startseite: Forum Transfer \(forum-transfer.de\)](https://www.forum-transfer.de)
- Empfehlungen für Hygienekonzepte für Kinder- und Jugendarbeit während der Corona-Pandemie [Landesjugendring Niedersachsen e.V.: Hygienekonzept \(lir.de\)](https://www.landesjugendring-niedersachsen.de)
- Kinder- und Jugendkommission Niedersachsen [Kinder- und Jugendkommission Niedersachsen | Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie](https://www.nds-landesamt-fuer-soziales-jugend-und-familie.de)
-

Veranstalterin: Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS) | Leisewitzstraße 26 | 30175 Hannover
post@jugendschutz-niedersachsen.de | www.jugendschutz-niedersachsen.de

Fachreferat der LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V.

Berichte der Stelle für Soziale Innovationen

Social-Media-Seminar für Projekte im Förderprogramm Soziale Innovation

Gerade in Zeiten von Corona werden die sozialen Medien zur Öffentlichkeitsarbeit immer wichtiger. Viele Träger von sozial-innovativen Projekten sind auf uns als Stelle für Soziale Innovation (SSI) zugekommen, um sich hinsichtlich des Einsatzes von „Facebook“, „Instagram“ und Co. beraten zu lassen. Die Entscheidung für ein digitales Veranstaltungsformat mit genau diesem Themenschwerpunkt war schnell getroffen und ein Experte auf diesem Gebiet schnell gefunden. Anfang März 2021 fand das 2-teilige Social-Media-Online-Seminar mit über 40 Teilnehmer*innen statt. Als Referent konnte der Social-Media Experte Ingo Bartels gewonnen werden. Dieser ist bereits seit 2005 in den sozialen Medien präsent. 2013 machte er sich mit seiner Content-Marketing-Agentur „bartels.“ selbständig und studierte in den darauffolgenden Jahren Social-Media an der TH Köln. Das Webinar wurde so gestaltet, dass es sowohl für Anfänger ohne einen Social-Media Account als auch für bereits aktive Nutzer der sozialen Medien geeignet war. So waren die Themen des ersten Teils „Content-Erstellung“ und „Community-Management“ und des zweiten Teils „B2C-Kanäle (Facebook, Instagram, Twitter) und B2B-Kanal LinkedIn. Neben den Grundlagen wurde auch der Social-Media Account eines Projektes beispielhaft analysiert. Zudem konnten die Projektträger im Vorhinein ihre konkreten Fragen bei der SSI einreichen, die dann von Ingo Bartels im Webinar aufgegriffen und beantwortet wurden. Die Resonanz auf das Webinar war insbesondere aufgrund des hohen Grades an Wissensvermittlung größtenteils positiv – die Lust auf Social Media wurde bei vielen Teilnehmer*innen gesteigert, gleichzeitig wurde aber auch ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass ein professioneller, effektiver Umgang mit den Sozialen Medien nicht „nebenbei“ geschieht, sondern geplant und kontinuierlich weiterverfolgt werden muss.

Stelle für Soziale Innovation

der Freien Wohlfahrtspflege



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



Social Media Webinar

02.03.2021 (Teil 1)
09:00 - 09:15 Kurze Vorstellung Soziale Innovation und #Ingo
09:15 - 10:55 Content-Erstellung
10:55 - 11:05 Kurz ums Eck
11:05 - 12:45 Community Management
12:45 - 13:00 Offene Fragen

09.03.2021 (Teil 2)
09:00 - 10:00 Facebook
10:00 - 11:00 Instagram
11:00 - 11:10 Kurz ums Eck
11:10 - 11:45 Twitter
11:45 - 12:45 LinkedIn
12:45 - 13:00 Offene Fragen

Soziale Innovation
Ein Förderprogramm des Landes Niedersachsen

#Ingo SOCIAL MEDIA BERATER | WWW.HASHTAG-INGO.DE | ICHBIN@HASHTAG-INGO.DE

Foto: Stelle für Soziale Innovation, LAG FW

Digitaler Projektabschlussbesuch von „JUNGregio: Jung-unabhängig-niedrigschwellig-ganzheitlich in der Region“

Wie vieles andere auch, müssen zurzeit auch die Projektbesuche der Stelle für Soziale Innovation (SSI) digital durchgeführt werden. So fand am 26. Februar 2021 das Abschlussgespräch mit Carolina Kalmbach, Leiterin des Projekts „JUNGregio: Jung-unabhängig-niedrigschwellig-ganzheitlich in der Region“ über „Zoom“ statt. Das Projekt wurde in Trägerschaft des Paritätischen Kreisverbandes Peine erfolgreich durchgeführt, die Förderung im Rahmen des Programms Soziale Innovation ist am 28.02.2021 ausgelaufen. Im Sinne des Akronyms „JUNGregio“ = Jung-Unabhängig-Niedrigschwellig-Ganzheitlich! In der Region“ hat das Projekt innovative und nachhaltige Handlungsstrukturen zur besseren Annahme des Hilfesystems für die Zielgruppe „junge Erwachsene“ implementiert. Die Beratungsstelle „JUNGregio“ ist heute eine Anlaufstelle, die verschiedene Gruppenarbeiten sowie Tür- und Angelgespräche anbietet. Außerdem bietet „JUNGregio“ mobile Beratung und Begleitung sowie auch digitale Hilfe für junge Menschen, die sich in unterschiedlichen Lebenslagen befinden. Die SSI freute sich sehr über die Mitteilung von Carolina Kalmbach, dass die Verstetigung des Projekts gelungen ist. Die Finanzierung wird zukünftig durch das Jobcenter, Jugendamt und den Fachdienst Soziales übernommen. Darüber hinaus konnten sogar noch weitere Personalkosten aufgestockt werden. Die SSI wünscht dem gesamten Projektteam alles Gute für die Zukunft und weiterhin viel Freude bei ihrer Arbeit.



Foto: JUNGregio, Paritätischer KV Peine

Nähere Informationen zu unseren Projekten finden Sie auch auf unserer Homepage:
www.stelle-fuer-soziale-innovation.de.

Für Rückfragen, Projektbesuche und Beratung zur Fördermöglichkeit im Rahmen der Richtlinie Soziale Innovation stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Anna Low

Telefon 05 11 / 85 62 47 50

anna.low@lag-fw-nds.de

Sarah Kuhlmann

Telefon 05 11 / 26 25 16 64

kuhlmann@lag-fw-nds.de